

Öffentliche Versammlung von Linkspartei und WASG am 9. August 2005

Das Wahlprogramm der Linkspartei zu den Bundestagswahlen

Vortrag von Peter Feininger (leicht gekürzt gehalten)

Liebe FreundInnen und Freunde,

wir freuen uns über Euer zahlreiches Erscheinen und Euer Interesse am Programm der Linkspartei und ich freue mich persönlich, vor Euch zum Thema referieren zu können.

Zur Entstehungsgeschichte des Wahlprogramms will ich kurz sagen:

- Zunächst gab es programmatische Schwerpunkte der PDS
- dann gab es ein Wahlmanifest der WASG, verabschiedet auf dem Parteitag in Kassel vom 3. Juli 2005. Es lehnt sich in der Gliederung eng an die von der PDS vorgeschlagenen Schwerpunkte
- dann den Entwurf eines Wahlprogramms der Linkspartei vom 16. Juli 2005. Dieser Entwurf soll auf einem Wahlparteitag am 27. August in Berlin beschlossen werden. Zur Zeit stellt der Entwurf unser Wahlprogramm dar. Ich betrachte dieses Wahlprogramm als eine Weiterentwicklung des Wahlmanifests der WASG und sehe hier keine Widersprüche.



An unseren Infoständen im Stadtzentrum ist das Wahlprogramm sehr gefragt. Die Leute sind nur aus den Medien informiert und wollen nun etwas authentisches von uns selbst (wobei die Leute mit „von uns“ die Linkspartei genauso gut wie die WASG meinen).

Bilder wurden aus urheberrechtlichen Gründen entfernt (S. 2 und 11)

Die Medien und gegnerischen Parteien greifen sich bestimmte Prominente wie Lafontaine und Gysi und versuchen bei ihnen aktuell oder in der Vergangenheit Schwachpunkte auszumachen, um das Linksbündnis insgesamt zu diskreditieren.

CDU-Generalsekretär Kauder etwa fordert von der SPD, das „Problem Lafontaine“ zu lösen: „Er erzählt den Menschen Märchen, er sagt Dinge, die schlicht und ergreifend falsch sind, er hat ein Programm, das 90 Milliarden Euro kostet, und sagt nicht, wie das finanziert werden soll.“

Niedersachsens ehemaliger Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) verkündet: „Bei Gysi und Lafontaine trifft sich die alte Linke, die immer weiß, wogegen sie ist, aber nie, was sie eigentlich will und wie sie es bezahlen soll.“

Und Fritz Kuhn von den Grünen behauptet: „Die Leute um Oskar Lafontaine verfolgen zumindest in der Innenpolitik nicht linke, sondern reaktionäre Positionen.“ Das sagen ausgerechnet die Grünen, die sieben Jahre eigener Regierungspolitik auf innen- und migrationspolitischem Gebiet mit einem

Reaktionär wie Otto Schily auf dem Gewissen haben.

Die Augsburgener Allgemeine blendet die Linkspartei und die WASG am Ort aus, wo es nur geht. Bei der Kundgebung der AFI und DFG-VK gegen Atomwaffen am 2. August hat die Augsburgener Allgemeine die Rede und Anwesenheit unseres Direktkandidaten Peter Knappe ebenso verschwiegen ebenso wie die Rede der 3. Bürgermeisterin.

Umso wichtiger für uns ist die Informationen unserer Interessenten über eigene Medien, Netzwerke und öffentliche Aktivitäten. Deshalb auch diese Veranstaltung heute, um uns zu verständigen, welche Punkte uns in diesem Wahlkampf wichtig sind und wie wir unser Programm begründen können. Dabei müssen wir uns darüber klar werden, wie wir die oben zitierten, haltlosen Angriffe aus den bürgerlichen Parteien kontern können – und wir können diese wüsten Behauptungen tatsächlich sachlich und restlos widerlegen.

Ebenso elementar ist für unsere Programmdiskussion aber die örtliche und regionale Perspektive. Wir müssen klären, welche Initiativen, Bewegungen, Forderungen und Probleme es am Ort, bzw. in der Großregion Augsburg gibt, was wir aufgreifen sollten, was wir unterstützen sollten, wer uns unterstützt, mit wem wir zusammenarbeiten können u.s.w. Natürlich kann das nur im Laufe der Zeit gehen, aber wichtig ist auch, dass wir diese Dinge einmal in unser Blickfeld bekommen und damit sollten wir heute beginnen.

Ich will folgende **Schwerpunkte** setzen:

- Arbeit für alle. Soziale Grundrechte erneuern und garantieren
- Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland, gleiche Rechte für alle
- Frieden ermöglichen, Deutschland verweigert den Kriegsdienst
- Europäische Integration, gleichberechtigter Ausgleich

Die Hauptlosung der beiden Kapitel, die sich mit den Themen Arbeit und soziale Sicherheit befassen, lautet:

I. Arbeit für alle. Soziale Grundrechte erneuern und garantieren

Hier will ich vor allem den Punkt behandeln:

1. Arbeit in Würde – Wirtschaft für die Menschen statt Menschen für die Wirtschaft

Programmauszug:

I.1. Statt Arbeitslosigkeit Arbeit finanzieren. Weg mit Hartz IV!

Hartz IV kommt alle teuer zu stehen. Mit Milliarden Euro wird der dauerhafte Ausschluss von Millionen Menschen aus der Erwerbsarbeit finanziert – mit gelegentlichen Gastrollen am Rande der Arbeitswelt in Gestalt von „Arbeitsgelegenheiten“ für einen Euro die Stunde.

Unser Alternativvorschlag ist einfach und machbar. Wir wollen mit denselben finanziellen Mitteln und durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige und Existenz sichernde Arbeitsplätze schaffen.

Wir fordern, dass Langzeitarbeitslose das Geld, das sie als ALG II plus Kosten der Unterkunft und als Zuverdienst aus „Ein-Euro-Jobs“ in der Tasche haben, als Nettolohn, also im Arbeitnehmerstatus mit Arbeitsvertrag, ausgezahlt bekommen - ohne die Zwänge und Demütigungen, die ihnen bei ALG II und Ein-Euro-Jobs zugemutet werden.

Kommen ein Teil des durch ein gerechteres Steuersystem, etwa durch Wiedererhebung der Vermögenssteuer, erzielbaren Steueraufkommens und Gelder aus vorhandenen Förderfonds von Ländern, Bund und Europäischer Union dazu, dann treten an die Stelle von Arbeitslosigkeit und Ein-Euro-Jobs reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Solche Arbeitsplätze sollen zusätzlich dort entstehen, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für einzelne oder für das Gemeinwesen nicht rentabel sind. Das ist möglich außerhalb des Wettbewerbs mit Privatunternehmen durch einen Einstieg in öffentlich geförderte gemeinnützige Beschäftigungssektoren zwischen Privatwirtschaft und Staat, für die die spezifischen Bedingungen tariflich auszuhandeln sind. Eine gegenüber bestehenden Tarifen für vergleichbare Tätigkeiten einstweilen geringere Bezahlung soll durch kürzere Arbeitszeiten, durch familien- und qualifizierungsfreundliche Arbeitsbedingungen, Chancen für Ältere und Geschlechtergerechtigkeit kompensiert werden.

Arbeitsplätze in gemeinnützigen Beschäftigungssektoren sollen in regionaler Verantwortung unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in transparenten Verfahren eingerichtet werden. Ein Abbau regulärer Beschäftigung im öffentlichen Sektor und eine Beeinträchtigung der Privatwirtschaft muss vermieden werden.

Das Recht von Jugendlichen unter 25 Jahren auf Arbeitsförderung und Job-Angebote an arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger sind zu sichern. Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung, den Zwang zur Annahme jeglicher Jobs lehnen wir ab.

Zur Debatte, ob die Linkspartei etwa nicht grundsätzlich gegen Hartz IV wäre, dient vielleicht folgendes zur Klarstellung:

Lothar Bisky hat für die PDS dem DGB-Vorsitzenden Sommer auf seine gewerkschaftlichen Anforderungen an die Programme der Parteien im Bundestagswahlkampf 2005 geschrieben:

Die PDS hat gemeinsam mit dem Arbeitslosenverband Deutschland im Herbst 2004 ein Gutachten in Auftrag gegeben, wonach Hartz IV in zehn Punkten verfassungswidrig ist. Die PDS hat sich auch an außerparlamentarischen Aktionen wie z. B. den Großdemonstrationen gegen Hartz IV beteiligt und wird sowohl über die Monitoringgruppe sowie über Landtagsinitiativen versuchen, Nachbesserungen im Interesse der Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen, der Mitglieder der Bedarfs- und Haushaltsgemeinschaften, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen sowie der Kommunen selbst zu erreichen.

Unabhängig davon bleiben wir bei unserer Einschätzung und finden uns durch die aktuellen Entwicklungen in unserer Auffassung bestätigt: Hartz IV geht in die falsche Richtung - Hartz IV ist der falsche Weg - Hartz IV ist Armut per Gesetz und deshalb: Hartz IV muss weg! (Darüber hinaus sehen wir die Notwendigkeit eines steuerfinanzierten öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit existenzsichernden, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen zur Absicherung im Gemeinwohl stehender, brachliegender Arbeit.)

Sehr wichtig für uns wäre, dass wir örtliche Aspekte von Hartz IV aufgreifen

■ Beim letzten Infostand am Martin-Lutherplatz vergangenen Samstag ist uns mitgeteilt worden: offensichtlich gibt es eine Mietobergrenze (50 qm, 300 €) für Alleinstehende ALG II-Empfänger und werden Leute gezwungen bei einer Überschreitung der Wohnfläche um zwei qm auszuziehen! Leider sind wir nicht im Stadtrat, sonst könnten wir das dort aufdecken und einen entsprechenden Antrag stellen, in dem die Stadt es der Arbeitsgemeinschaft verbietet, solche Obergrenzen zu fixieren und die Leute zu terrorisieren.

Beispielsweise hat die PDS offene Liste im Münchner Stadtrat hat einen entsprechenden Antrag gestellt.

■ Der Leiter der Arbeitsgemeinschaft Koch „vermutet“ auf Nachfrage der Presse, dass es bisher so gut wie keine Vermittlungen in Arbeit von ALG II-Empfängern gegeben habe. Er könne dazu überhaupt keine Aussage machen, da darüber keine Statistik geführt werde!?!

Solche u.a. Punkte sollte die Linkspartei und die WASG im jetzigen Wahlkampf publik machen und angreifen.

Ich will noch auf einen weiteren elementaren Punkt im Wahlprogramm in diesem Zusammenhang eingehen:

Programmauszug:

1.3. Gesetzlichen Mindestlohn einführen

Nur in Deutschland wird die Einführung eines Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohns als unerträgliche Bedrohung für die Wirtschaft denunziert. In den meisten anderen entwickelten Ländern gibt es ihn. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von nicht weniger als 1.400 Euro brutto im Monat. Das bringt nicht „das Paradies auf Erden“, aber es wird damit ein Weg aus sozialer Ausgrenzung eröffnet und andererseits eine Sicherung gegen sozialen Abstieg errichtet. Dies sind Gebote der Achtung der Menschenwürde und ein wirtschaftspolitisch vernünftiger Beitrag zur Steigerung der Binnennachfrage und der Absatzchancen kleiner und mittlerer Unternehmen.

In Wirtschaftsbereichen, in denen die niedrigsten tariflichen Lohngruppen oberhalb dieses Mindestlohns liegen, sollen die Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Ein Entsendegesetz muss allen Branchen vorschreiben, dass für Lohnzahlung und Arbeitsbedingungen die Standards des Arbeitsortes gelten.

Bei den sozialen Mindeststandards als Gesamtkomplex fordert die Linkspartei unter anderem eine Anhebung des Arbeitslosengeld II auf mindestens 420 Euro in Ost und West – zuzüglich Kosten der Unterkunft, so dass damit eine allein lebende Person zusammen Anspruch auf eine Grundsicherung von ca. 750 Euro im Monat erreicht. Langzeitarbeitslose sollen – wie schon ausgeführt – zudem ihr ALG II plus Unterkunftskosten plus 1-Euro-Job-Entgelt – zusammen ca. 900 Euro netto – als reguläre Arbeitnehmer erhalten, also mit allen Arbeitnehmerrechten wie Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung usw. Für Rentner fordert die Linkspartei eine Mindestrente von 800 Euro, für alle Beschäftigten einen gesetzlichen Mindestlohn von 1.400 Euro im Monat – bei 40 Wochenstunden entspricht das einem Stundenlohn von 8 Euro brutto. Dieses Paket sozialer Mindestsicherungen findet sich in keinem Wahlprogramm irgendeiner anderen Partei und ist damit ein wichtiges „Markenzeichen“ der Linkspartei.PDS. Es ist in sich schlüssig, plausibel, liegt dicht bei ähnlichen Forderungen aus Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften und folgt dem Gebot der Gerechtigkeit und sozialen Fairness.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband etwa hat schon vor Monaten nachgewiesen, dass eine Anhebung des ALG II auf 420 Euro erforderlich ist, um ALG-II-Bezieher ein Lebensniveau zu ermöglichen, wie es Sozialhilfebezieher schon einmal Anfang der 90er Jahre hatten – also bevor sich die schwarzgelbe Bundesregierung unter Kohl, Kinkel und Merkel daran machte, dieses Mindestniveau zu senken.

Wie nahe die Forderungen der Linkspartei sogar geltenden Regelungen kommen, macht ein anderes Beispiel deutlich. Zum 1.7.2005 hat die Bundesregierung die Pfändungsfreigrenze für überschuldete Beschäftigte angehoben, von bisher 939,99 Euro auf jetzt 990 Euro netto im Monat. Selbst wer bei Banken, Kaufhäusern oder beim Vermieter völlig überschuldet ist, darf von seinem Arbeitseinkommen alles Netto-Entgelt bis zu dieser Grenze behalten. Keine Bank der Welt, kein Vermieter oder Gläubiger kommt an unterhalb dieser Schranke liegendes Einkommen heran. Die Pfändungsfreigrenze ist deshalb beinahe schon ein „gesetzlicher Mindestlohn“, jedenfalls insofern, als Behörden, Gerichte usw. anerkennen, dass eine Absenkung des verfügbaren Einkommens eines Beschäftigten unter diese Grenze mit der gesellschaftlichen Norm eines menschenwürdigen Minimums nicht vereinbar ist.

990 Euro netto im Monat bedeutet bei den gegenwärtigen Steuer- und Sozialversicherungsabzügen 1.359,99 Euro brutto. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 1.400 Euro läge damit nur 40 Euro oberhalb der gesetzlichen Pfändungsfreigrenze. Und das soll utopisch sein, unbezahlbar, linkspopulistisch? Auch die Linkspartei-Forderung nach einer Mindestrente von 800 Euro – oder, alternativ, nach einer Grundsicherung von etwa 750 Euro für ALG-II-Bezieher – folgt, vergleicht man sie mit der Pfändungsfreigrenze, der herrschenden Rechtsprechung der Arbeits- und Sozialgerichte. Die verlangen nämlich in der Regel einen Abstand von Einkommen aus Arbeit zu solchen ohne Arbeit von 20 bis 25 Prozent. Und genau dieser Abstand ist bei 800 Euro Mindestrente oder 750 Euro ALGII plus Miete gewahrt.

Nun noch ein Wort zur Frage der Finanzierbarkeit:

1. Durch ein entsprechendes Steuerprogramm können 60 Mrd. €aufgebracht werden. s.

Abschnitt V. im Wahlprogramm: **Umverteilung von oben nach unten: Für ein solidarisches Steuersystem**

2. **Durch Demilitarisierung der Außen- und Innenpolitik kann viel Geld gespart werden.**

Erwähnt sei nur: Der Bundeswehreinsatz im Kosovo wurde unlängst um ein Jahr verlängert, der Afghanistaneinsatz soll im Herbst verlängert und ausgeweitet werden, die Heimatschutzkommandos, die die Union nach den Wahlen installieren will, mit bis zu 500 Soldaten in jeder größeren Stadt, kosten auch Geld.

3. Wer stellt die Frage nach der Finanzierbarkeit und aus welchen Motiven?! Das Problem der Finanzierbarkeit wird in erster Linie von Gutbetuchten und Geldsäcken aufgeworfen. Aber nicht, weil sie die Beschäftigungs- und Sozialpolitik für nicht finanzierbar halten. Nein diese Herrschaften wollen von Mindestsicherungen nichts wissen, weil sie davon nichts haben, weil sie Knechte und Abhängige lieben, weil sie elementare Menschenrechte, wie z.B. ein Existenzminimum nicht mehr zugestehen wollen, damit das Prinzip der Ausbeutung voll durchschlagen kann, weil diese hartherzigen Christen, Rambo-Liberalen und Fettaugen-Grünen wachsende millionenfache Kinderarmut in der Bundesrepublik anscheinend kalt hinnehmen wollen...

Zur oft – auch am Infostand – gestellten Frage nach der Finanzierbarkeit unseres Sozialprogramms läßt sich also sagen:

Man kann also **erstens** mehr Geld aufbringen. (Dazu braucht man eigentlich nur die Steuerquote oder Sozialquote auf das europäische oder OECD-Niveau bringen). Man kann **zweitens** die Haushaltsmittel anders verwenden, dazu muss man z.B. demilitarisieren und das ist auch ein Markenzeichen von uns, das wollen nur die Linkspartei und die WASG und sonst keine andere Partei. Und man muss **drittens** menschenrechtliche Mindeststandards verteidigen und zwar grundsätzlich und unabhängig von der Haushaltslage.

Wir müssen aber vor dem Irrtum warnen, dass es mit dem Einzug der Linkspartei ins Parlament getan wäre. Wir müssen uns mit den Verbänden, Initiativen und außerparlamentarischen Bewegungen zusammenschließen und einen langwierigen politischen Widerstand organisieren. In dem Zusammenhang will ich beispielhaft auf das Sozialforum in Erfurt hinweisen, das in einer Erklärung vom 24. Juli unsere Forderungen eigentlich voll aufnimmt. Wenn diese Kräfte in einem dezentralen bundesweiten Aktionstag am 5. September unter dem Motto „Soziale Bewegungen melden sich im Wahlkampf zu Wort!“ auch in Augsburg antreten sollten, sollten wir auch zur Stelle sein.

Ich komme nun zum zweiten Punkt:

II. Bleiberecht für Kriegsflüchtlinge, Bleiberecht und Arbeitserlaubnis für alle Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt. Wiederherstellung des Asylrechts, Anerkennung internationaler Menschenrechte in der BRD. Demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht, rechtliche und politische Gleichstellung von Migranten. Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft (aktuell bei Migranten aus der Türkei) und Recht auf Moscheebau für Muslime, d.h. Verteidigung der Religionsfreiheit und Absage an den Gedanken der Leitkultur. Mehr direkte Demokratie, Wahlrecht auch für Nicht-Deutsche.

Die Forderungen „Bleiberecht für Kriegsflüchtlinge, Bleiberecht und Arbeitserlaubnis für alle Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt“ werden in bundesweiten Kampagnen erhoben, in Augsburg vom Augsburger Flüchtlingsrat und der Augsburger Friedensinitiative (AFI), unterstützt vom Forum solidarisches und friedliches Augsburg. Die Lage spitzt sich wirklich zu, die Masse der von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge in Augsburg, darunter vor allem Minderheiten wie Roma und Ashkali, stammen aus dem Kosovo. Inzwischen wurde bekannt, dass die NATO eine Zuspitzung der Konflikte in diesem Raum erwartet und ein militärisches Eingreifen vorbereitet. Das Hauptkontingent der jetzigen KFOR-Truppen im Kosovo besteht aus deutschen Truppen und diese stammen wiederum hauptsächlich aus dem süddeutschen

Raum. Das deutsche Einsatzkommando hat ein Offizier der Gebirgsjäger aus Bad Reichenhall. Die Gebirgsjäger werden bei ihrem jährlichen Kameradentreffen in Mittenwald, zu dem regelmäßig auch die Linke aus Augsburg mobilisiert, als „Mörder unter dem Edelweiß“ bezeichnet auf Grund ihrer bestialischen Einsätze im Faschismus v.a. in Ost- und Südost-Europa.

Die Unterstützung der Kampagne „Bleiberecht für Kriegsflüchtlinge, Bleiberecht und Arbeitserlaubnis für alle Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt“ in Augsburg, die von einer mutigen Protestaktion der Flüchtlinge selbst ausging, ist politisch extrem wichtig.

Die entsprechenden Passagen im Wahlprogramm finden sich vor allem im **Abschnitt IV. Protest ernst nehmen. Mehr direkte Demokratie durchsetzen 4. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland – gleiche Rechte für alle** Hier sind auch die Punkte Asylgesetzgebung, Residenzpflicht, „Illegale“, Abschiebehaft etc. angesprochen, die z.B. für den Flüchtlingsrat seit langem wichtig sind. Die Forderung „Keine Abschiebungen im Friedensjahr!“ steht im Raum und wird von verschiedenen Seiten in Augsburg erhoben. Auf Veranstaltungen bekommt man dafür regelmäßig Beifall. Ausführlicher lautet die Augsburger Forderung: *Pax 2005: Für einen Friedensschluss mit vielen Jahre hier lebenden und integrierten Flüchtlingen. Gebt ihnen endlich eine Bleibeperspektive!*

In der oben angesprochenen Programmpassage ist auch der Punkt *Einwanderungsland* thematisiert mit so elementaren Forderungen wie nach einem demokratischen Staatsbürgerschaftsrecht, rechtliche und politische Gleichstellung von Migranten, Antidiskriminierungsgesetz, Geltung internationaler Grund- und Menschenrechte auch in Deutschland... Dies ist grundsätzlich für Augsburg sehr wichtig, ein Drittel aller Einwohner dieser Stadt haben einen Migrationshintergrund (mit steigender Tendenz), 10 Prozent sind Muslime bzw. türkischer Herkunft. Gerade hier wäre die doppelte Staatsbürgerschaft wichtig, die den Bürgern türkischer Herkunft aberkannt wird, wobei der Leiter der Einwohnerbehörde Sulzberger mit Repressionen bis hin zur Ausweisung droht.

Ganz wichtig in diesem Zusammenhang ist auch, der Hetzkampagne gegen Muslime im Rahmen der Antiterror- und Sicherheitspropaganda entgegenzutreten. Die öffentliche Sicherheit muss auch für sie gelten, die Beschneidung ihrer demokratischen Rechte durch so genannte Antiterror-Maßnahmen darf nicht erfolgen, ihre Religionsfreiheit muss gegen Beckstein und Konsorten verteidigt werden. Gerade auch in Augsburg, wo den Muslimen bereits die zweite Moschee innerhalb kurzer Zeit durch den Stadtrat abgelehnt wurde und sie rechten Umtrieben, an denen auch SPD- und CSU-Mitglieder beteiligt waren, ausgesetzt waren bis hin zu einem angestrebten Bürgerentscheid gegen einen Moscheebau, für den über 10.000 Unterschriften gesammelt wurden. Gerade im Festjahr des Augsburger Religionsfriedens besteht eine erhöhte Sensibilität für die Frage der Religionsfreiheit auch für Muslime und ihre rechtlich-politische Gleichstellung. Deshalb sollte man das thematisieren.

Nützlich und elementar sind in diesem Zusammenhang die Passagen aus dem Programm zu mehr direkte Demokratie, Volksentscheiden, Wahlrecht für Nicht-Deutsche und kommunale Beteiligungsrechte im **Abschnitt IV. Protest ernst nehmen. Mehr direkte Demokratie durchsetzen 1. Mehr direkte Demokratie**

Auch die WASG hat zu diesem Thema ein ausgezeichnetes Positionspapier herausgebracht, es nennt sich: **Beteiligungsorientierte Migrations- und Integrationspolitik**. Ich will daraus zitieren:

Die WASG verabscheut populistische Kampagnen gegen die Einwanderer: Wir sind für demokratische Partizipation von Migrantinnen und Migranten in jedem Lebensbereich. Wir brauchen keine Dominanzkultur, sondern wir bejahen die kulturelle Vielfalt. Ein Grundpfeiler unserer Politik ist die Vision von einer solidarischen Gesellschaft, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann.

Auch mit diesen Positionen profiliert sich das Linksbündnis gegenüber alle anderen Parteien. Wir verteidigen bzw. reklamieren nicht nur soziale Mindeststandards sondern auch politische, demokratische, menschenrechtliche Mindeststandards – und zwar für alle unabhängig von der Nationalität. Und der Zusammenhang ist sehr eng:

- Zunächst wurden den Asylbewerbern die Grundleistungen gekürzt (z.B. der Sozialhilfesatz oder medizinische und schulische Versorgung) und nun wird das tendenziell ausgeweitet werden auf alle ärmeren Schichten.
- Zunächst werden muslimische Gemeinden mit Repression überzogen, die Religionsfreiheit eingeschränkt, Flüchtlinge in Lagerhaft genommen... Und nun drohen großen Bevölkerungskreisen Repression im Namen der „inneren Sicherheit“, Terrorisierung durch „Heimatschutzkommandos“ u.s.w.

Im Positionspapier der WASG *Beteiligungsorientierte Migrations- und Integrationspolitik* heißt es auch:

Die Mehrheit von Migrantinnen und Migranten bleibt von der Nation ausgeschlossen, weil das Staatsverständnis der nationalen Homogenität in Deutschland nicht an Wirkungsgrad verloren hat.

Mit dem hier angesprochenen Begriff der „Nation“ will ich zum dritten Punkt überleiten.

III. Demilitarisierung der deutschen Politik, Deutschland verweigert den Kriegsdienst, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bundeswehr runter vom Balkan, einseitige Abrüstung, Stärkung der UNO, Abschaffung der Wehrpflicht, Abzug der Atomwaffen aus Deutschland, für ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen, konsequente Rüstungskonversion

Während die Mehrheit von Migrantinnen und Migranten von der Nation ausgeschlossen bleiben, zeichnen sich SPD und Grüne durch mangelnde Distanz zum Nationalstaat aus. Daraus resultiert die Militarisierung der Außenpolitik und die erwiesene Bereitschaft zur Kriegführung. Beide Parteien neigen dazu, die immer noch sehr vorteilhafte Stellung der BRD in der Weltwirtschaft durch militärische Gewalt abzusichern. Das hat u.a. der Jugoslawienkrieg gezeigt. Demgegenüber kann eine Linkspartei auf andere Orientierungen und Traditionen zurückgreifen. Es sind die der internationalen Arbeiterbewegung, die unter Ausnutzung des entstehenden Weltmarktes ihre Interessen weltweit artikuliert. Die Linkspartei hat also aktuell und traditionell eine Distanz zum Nationalstaat, was uns – wiederum im Gegensatz zu allen anderen Parteien – eine antifaschistische, antirassistische und antimilitaristische Politik ermöglicht.

Schröder macht auf seinen Wahlkampftouren beunruhigende Aussagen: „Noch stellt sich die Frage nicht, ob Deutschland in einen neuen Konflikt Soldaten schicken muß. Aber vielleicht in sechs Monaten oder zwei Jahren?...“ (*Welt am Sonntag* 7.8.2005) Dagegen sind doch Schlagzeilen wie „Linkspartei will Afghanistan-Einsatz stoppen“ im Zusammenhang mit Äußerungen von Lafontaine und Gysi echt beruhigend.

Für Augsburg unabdingbar sind die Programmforderungen *aus dem Abschnitt VI. Frieden leben, Frieden ermöglichen, Globalisierung gestalten die Unterabschnitte 1. Deutschland verweigert den Kriegsdienst und 2. Arbeitsplätze durch Abrüstung und Umstellung auf zivile Produktion*. Friedenspolitische Forderungen mit echten Konsequenzen in Richtung Demilitarisierung der deutschen Politik wie z.B. „*Bundeswehr runter vom Balkan!*“ wird

keine andere Partei erheben, ebenso wenig wie die unter Punkt IV. genannten Forderungen gegen den Revanchismus als gefährliche Variante der Deutschen Ostpolitik (s. weiter unten). So haben die Grünen unlängst im Bundestag zwar protestiert gegen die Abschiebung von Minderheiten in das Kosovo, aber der Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Kosovo bedenkenlos zugestimmt. Die EU und hier maßgeblich Deutschland streben eine völkerrechtswidrige Abspaltung des Kosovo von Serbien-Montenegro an, um dort ein EU-Protectorat zu errichten. Die Kritik der deutschen Außenpolitik, v.a. auch der Ost- und Südosteuropa-Politik, ist für uns besonders nahe liegend, nicht nur weil sie dort besonders gefährlich und aggressiv ist, sondern weil Polen, Tschechien und der Balkan räumlich nahe sind und die wirtschaftliche, militärische und politische Infiltration ganz stark über den bayerischen Raum läuft.

a. Wir müssen uns gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr wenden. Sie werden auch im Raum Augsburg vorbereitet bzw. flankiert. So sind die ERCA-Tornados, die die serbische Luftabwehr ausschalten sollten um den NATO-Bombern den Weg zu sichern, in Lagerlechfeld stationiert und von dort aus auch eingesetzt worden. So hat die Stadt Augsburg schmählicher Weise eine Patenschaft mit einem Kriegsschiff, der Fregatte Augsburg, die am Horn von Afrika zur völkerrechtlich nicht gedeckten Kontrolle der Seewege zum Einsatz kam. Seit längerem erhebt das Forum solidarisches und friedliches Augsburg die Forderung an die Stadt, die Patenschaft mit der Fregatte aufzukündigen.

b. Die Stadt Augsburg ist Mitglied der weltweiten Städtebewegung Cities for Peace, die sich u.a. gegen den Angriff auf den Irak und gegen seine anhaltende Besetzung wendet. Einer Aufforderung der Augsburger Friedensinitiative, ein Jahr nach dem Angriff auf den Irak, ihre Resolution zu erneuern und die Besatzungspolitik im Irak zu kritisieren, wollte die Stadt nicht mehr folgen. Die Stadt ist auch der Initiative Mayors for Peace beigetreten, die sich die Abschaffung aller Atomwaffen weltweit bis 2020 vorgenommen hat. Immerhin fordern die deutschen Bürgermeister in Ihrer Erklärung „die deutsche Regierung auf, [...] die nukleare Teilhabe Deutschlands aufzugeben“. Hierzu findet sich direkt eine Forderung im Wahlprogramm:

Unsere Partei fordert den Deutschen Bundestag auf, von den USA zu verlangen, ihre Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen und damit eine Dynamik für ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen in Gang zu setzen. **aus dem Abschnitt VI. Frieden leben, Frieden ermöglichen, Globalisierung gestalten die Unterabschnitte I. Deutschland verweigert den Kriegsdienst**

Die Forderung nach einer Absage Deutschlands an jegliche Atomwaffenpolitik ist nicht nur wegen der nuklearen Teilhabe an den US-Waffen wichtig sondern auch wegen einer geplanten europäischen Nuklearpolitik und unmittelbar wegen der deutsch-französischen Waffenbrüderschaft, wo sich Deutschland über den Konzern EADS (wichtige Niederlassungen im Raum Augsburg) an das französische Atomwaffenprogramm heran macht.

c. Augsburg bzw. der Großraum Augsburg ist eines der bedeutendsten Rüstungszentren Deutschlands. Mit MAN und EADS haben wir gleich zwei große Schwerenöter mit Traditionen bis in den Faschismus und noch weiter zurück. Insofern ist die Programmpassage bitter nötig:

Die riesigen Rüstungsvorhaben müssen gestoppt und die Mittel für Rüstung drastisch reduziert werden. Das so frei werdende Geld kann zwischen den Kommunen für Investitionsprogramme, die Arbeitsplätze schaffen, und für Entwicklungshilfe, die auch Sicherheit bringt, aufgeteilt werden.

d. Auch in der Rüstungskonversion hat Augsburg eine gewisse Tradition. Das Projekt PUR – *Programm zur Umweltverbesserung und Ressourcen-Schonung* – bei dem Vorläufer von

EADS, MBB, hat bundesweite Beachtung gefunden. Das sollte nicht in Vergessenheit geraten. Unser Direktkandidat für Augsburg-Stadt hat bei der Kundgebung der Atomwaffengegner Anfang August unter dem Beifall der Teilnehmer gefordert: „PUR II statt Hartz IV“.

Ich komme nun zum letzten Punkt, den ich – wiederum verbunden mit der regionalen und örtlichen Politik – behandeln will:

IV. Europäische Integration, Schwerpunkt auf einem friedlichen und gleichberechtigten Ausgleich mit Ostdeutschland und Osteuropa: Angleichung der Lebensbedingungen, europaweite Mindeststandards. Bayern als Grenzland darf nicht Frontstaat des Revanchismus werden und Augsburg nicht zum Sprachrohr der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Gegen nationalistische Volksverhetzung und Rechtsextremismus.

Die Union propagiert in ihrem Regierungsprogramm das „Zentrum gegen Vertreibungen“ und Stoiber drohte im Namen der Sudetendeutschen Landsmannschaft bei einem Wahlsieg der Union eine härtere Gangart gegenüber Tschechien an. Die betroffenen Länder, v.a. Polen und Tschechien sind alarmiert und beunruhigt. Eine führende polnische Zeitung schreibt: „Wird Hitler uns erneut entzweien?“ und führende polnische Politiker sehen die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen bereits als Zwischenspiel der Geschichte. Gerade auch von Bayern und Augsburg aus wird durch revanchistische und drohende Positionen gegenüber Tschechien – so jüngst erst wieder auf dem Sudetendeutschen Tag in Augsburg – eine europäische Entwicklung und Zusammenarbeit auf gleichberechtigter und friedlicher Basis untergraben.

Umso wichtiger sind Positionen aus unserem Wahlprogramm:

Die Gemeinschaft soll die Gleichstellung aller Menschen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht – gewährleisten. Wir wollen eine Europäische Union, die sozial und ökologisch nachhaltig wirtschaftet, sich gemeinsame Mindeststandards bei Löhnen, Steuern und Sozialleistungen gibt und konsequent zu einer nicht-militärischen Vereinigung wird. [...]

In den Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten muss gesichert werden, dass die erforderlichen Finanzmittel zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung der gesamten Union zur Verfügung stehen. Das gilt vor allem für die Regional-, Struktur- und Kohäsionspolitik, die wesentlich dazu beiträgt, die Lebensverhältnisse zwischen den Regionen anzugleichen und an der östlichen Grenze der Bundesrepublik das Zusammenwachsen der ehemals geteilten Grenzregionen im Interesse von Deutschen, Polen und Tschechen zu befördern. **Aus dem Abschnitt VI. Frieden leben, Frieden ermöglichen, Globalisierung gestalten 3. Für eine erneuerte Europäische Union**

Hier könnte man auch die Passage aus dem Wahlprogramm gegen Rechtsextremismus heranziehen, z.B.:

Wir fordern die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten sowie eine bessere Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. **Aus dem Abschnitt IV. Protest ernst nehmen. Mehr direkte Demokratie durchsetzen 3. Rechtsextremismus bekämpfen**

Beim Sudetendeutschen Tag in Augsburg, der alle zwei Jahre stattfinden soll, tritt regelmäßig der rechtsextreme Witikobund mit einer Hauptveranstaltung auf.

Ende April wurde eine sehr große Wehrsportgruppe aus dem Raum Augsburg mit 19 Waffenlagern ausgehoben, gegen die die Gruppe um Martin Wiese Waisenknaben darstellen. Sie übten schwer bewaffnet und in SS-Uniformen Krieg in Tschechien und wollten zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wieder auf tschechischem Territorium aufmarschieren. Elf Männer im Alter zwischen 25 und 52 Jahren wurden festgenommen. Gegen vier Mitglieder der Gruppe, darunter den 38 Jahre alten Hauptbeschuldigten aus dem Raum Augsburg, ergingen Haftbefehle.

Bilder wurden aus
urheberrechtlichen Gründen
entfernt (S. 2 und 11)

Auf den Bildern seht Ihr beschlagnahmtes Material im Augsburger Polizeipräsidium. Nach kurzer Berichterstattung in den bundesweiten Medien hörte man rein gar nichts mehr seitdem. Dabei beschleicht einen das Gefühl, dass ein bedrohliches Potential in dieser Gesellschaft und auch im schwäbischen Raum lauert, über das der Staat, die Behörden, die Medien eher einen Schleier legen als dass sie es aufdecken... Auch deshalb ist eine starke Linkspartei sehr wichtig. Wir müssen sehr wachsam sein.

Ich Danke für Eure Aufmerksamkeit